

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Eugen Gerstenmaier  
Die Deutschen  
und ihr Vaterland

Wolf Graf von Baudissin  
Nationalbewußtsein  
in der Welt von heute

B 38/67

20. September 1967

Eugen Gerstenmaier, Prof. D. Dr., Präsident des Deutschen Bundestages, Oberkonsistorialrat. Geboren 25. August 1906 in Kirchheim/Teck. Studium der Philosophie, Literaturwissenschaft und Theologie. Promotion an der Universität Rostock. 1935/37 Habilitation in Rostock und Berlin. 1938 Entziehung der Dozentur. Wiss. Hilfsarbeiter im Kirchlichen Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche. Mitglied des Kreisauer Kreises. Nach dem 20. Juli 1944 Zuchthaus. 1945/51 Leiter des Hilfswerks der EKID. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949, Präsident des Deutschen Bundestages seit 1954.

Veröffentlichungen u. a.: Die Kirche und die Schöpfung, Berlin 1938; Reden und Aufsätze, Bd. I Stuttgart 1956, Bd. II 1962; Die NATO-Reform im Sicherheitssystem der freien Welt, Bonn 1964; Neuer Nationalismus? Zur Wandlung des deutschen Nationalbewußtseins, Stuttgart 1965; Konrad Adenauer — Ehrung und Gedenken, Stuttgart 1967.

Wolf Graf von Baudissin, Generalleutnant. Geboren 8. Mai 1907 in Trier. 1926 Eintritt in die Reichswehr. Im Zweiten Weltkrieg Generalstabsoffizier, zuletzt als Major. 1951 Referent Inneres Gefüge in der Dienststelle Blank. 1955 Übernahme in die Bundeswehr, bis 1958 im Führungsstab der Streitkräfte verantwortlich für Innere Führung, danach bis 1961 Truppendienst, ab 1961 in Führungsstäben der NATO. Seit April 1965 Stellvertretender Chef des Stabes Planung und Führung im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Europa (SHAPE).

Veröffentlichungen: Zahlreiche Aufsätze vor allem zum Problem der Einordnung des Soldaten in den demokratischen Staat.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Die Deutschen und ihr Vaterland

Nur noch Rudimente eines deutschen Nationalbewußtseins

Vor einigen Jahren, als von der NPD und dem Rechtsradikalismus in Deutschland noch nichts weiter zu berichten war, schrieb eine englische Journalistin einen Bericht über die innere Verfassung der Deutschen. Sie beschrieb die seelischen und die geistigen Folgen unserer Niederlage und unseres materiellen Wohlstandes.

Sie sagte allerlei Kritisches, aber nichts, was in deutschen Reden und Artikeln dazu nicht auch schon hundertmal zuvor gesagt worden wäre. Die Engländerin beschrieb den bequem gewordenen Vordergrund unseres deutschen Daseins und die dahinter liegende weitverbreitete geistige und seelische Orientierungslosigkeit. Wirklich gefahrvoll nannte sie in ihrer Schilderung jedoch nur die nahezu vollständige Abwesenheit eines deutschen Nationalgefühls. Was in anderen Völkern durch alle politischen und parteilichen Meinungsverschiedenheiten hindurch selbstverständlich geblieben sei, nämlich ein nationales Bewußtsein von einiger Dichte und Artikulationsfähigkeit, das habe sie in Deutschland und — fügte sie hinzu — übrigens auch in Osterreich nur noch ganz rudimentär gefunden. Die Engländerin hielt das für abnorm, ja für gefährlich, obwohl aus der Art ihrer Darstellung und Beurteilung zu entnehmen war, daß ihre eigenen Sympathien eher dem Weltbürgerlichen als dem Nationalen gehören.

Jene Journalistin beschrieb, wie ich glaube, damit nur eine Situation, die nahezu zwanzig Jahre hindurch das Bild in Deutschland bestimmte. Das ist nicht Zufall. Der National-

sozialismus hat nicht nur unsere Städte zu Ruinenfeldern gemacht, sondern er hat auch den ehrbaren Patriotismus, wie er bei uns zu Hause war, hemmungslos übersteigert und verbrecherisch ausgebeutet. Die vaterländische Opferbereitschaft war so mißbraucht, daß Millionen darauf überhaupt nicht mehr anzusprechen waren. Dazu lastete nach der bedingungs-

**Wolf Graf von Baudissin**

**Nationalbewußtsein in der Welt von**

**heute ..... S. 13**

losen Kapitulation noch die Vergeblichkeit der gewaltigen Opfer als schwere Depression auf der deutschen Seele.

Es klingt widerspruchsvoll, aber es ist dennoch wahr: In jener desperaten seelischen Verfassung der Deutschen ist der Kampf um die nackte Existenz, um das Dach über dem Kopf, um das Essen, um das Wiederausammenfinden der versprengten Familien, um den Arbeitsplatz vielen zur Lebenshilfe geworden, zur Rettung vor Depressionen und Verzweiflung. Die äußere Leistung, der Wiederaufbau, war auch von Bedeutung für die seelische Wiedererholung der Deutschen und für die Um- und Neubildung unseres nationalen Bewußtseins. Aber vielen blieb doch eine neue, durchgreifende, innere Orientierung versagt. Das Alte war zusammengebrochen und dem Neuen standen sie innerlich beziehungslos gegenüber.

## Unsicheres Verhältnis zur deutschen Geschichte

Zwar mußte die öffentliche Meinung gerade in diesem Zusammenhang unterschieden werden von der veröffentlichten Meinung in Deutschland. Soweit es bei uns eine öffentliche Meinung über die innere, die geistige und die seelische Orientierung der Deutschen überhaupt gibt, äußert sie sich zurückhaltend und meist indirekt. Ganz anders die veröffentlichte Meinung. Sie besetzt das Feld seit mehr als zwanzig Jahren mit Verlautbarungen, Büchern, Artikeln, Kommentaren, Filmen und Publikationen von Leuten unterschiedlichen Gewichts und sehr verschiedener Prägung. Einig waren sie sich jedoch in der Absage an die Vergangenheit. Sie führte zwar zu der notwendigen allgemeinen und öffentlichen Achtung Hitlers und seines Anhangs durch die Deutschen selbst. Da unsere Vergangenheit aber nicht nur aus dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen besteht, hatte diese Absage auch ein höchst diffuses, verworrenes und unsicheres Verhältnis zur deutschen Geschichte überhaupt zur Folge.

Nicht nur die Ära Hitler, die deutsche Geschichte im ganzen war diskriminiert. Der Amerikaner William Shirer hat dafür ein eklatantes Beispiel geliefert. Er hat in seinem Bestseller über den „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“ die These aufgestellt, daß Hitler kein Zufall, sondern eine Konsequenz der deutschen geschichtlichen Entwicklung gewesen sei. Von Luther über Friedrich den Großen, Bismarck und Wilhelm II. führe eine gerade Linie zu Hitler. In ihm habe sie ihren Höhepunkt erreicht und in ihm sei schließlich das Wesen der Deutschen, das Eigentliche der deutschen Geschichte unmittelbar deutlich und gegenwärtig geworden. Dieser Antigermanismus Shirers ist zwar nicht besser als der Antisemitismus, aber er hat nicht wenig Zustimmung in der Welt gefunden. Auch in Deutschland selbst fand er einen gewissen Anklang. Er ist mehr oder weniger wirr und gebrochen, aber seine Grundtöne sind vernehmbar. Käme darin nur die Fähigkeit zum

Ausdruck, sich selbst in Frage zu stellen, so könnte man es für eine, wenn auch nicht geglückte Äußerung der Buße halten. Aber was darin erscheint, hat mit Buße wenig oder nichts zu tun. Denn die Buße setzt Identität, den Willen zur Selbstidentifikation voraus. Wer sich nicht nur von seinen Taten oder Untaten, sondern von sich selber, von seinem eigenen Ich trennen will, der geht nicht nur auf selbstkritische Distanz, sondern er verläßt den Boden, auf dem Reue allein Sinn hat. Was vom einzelnen gilt, das gilt hier erst recht vom Volk als einem auch in der Generationsfolge mit sich selbst identischen Subjekt der Geschichte.

Die seit einigen Jahren in Gang gekommene Diskussion über das deutsche Nationalbewußtsein war von vornherein deshalb überlastet, weil es seit der Hitlerzeit ein ungebrochenes oder auch nur halbwegs geklärtes deutsches Geschichtsbewußtsein nicht mehr gibt. Die berühmte „Bewältigung der Vergangenheit“ blieb ein hoffnungsloses Unterfangen, schon weil dabei immer unklar war, was denn eigentlich bewältigt werden sollte. Gemeint war wohl zunächst die allgemeine Einsicht der Deutschen in die moralische und politische Verwerflichkeit des Nationalsozialismus und die Bejahung der Wiedergutmachungspflicht. Das war alles gut und richtig; aber es konnte nicht über die resignierte Erkenntnis hinwegführen, daß diese Vergangenheit in Wahrheit aber gar nicht zu „bewältigen“ ist. Das heißt, sie ist nicht abwälzbar. Wir können die Augen vor ihr schließen, wir können sie zu vergessen suchen; aber das ändert nichts daran, daß wir bis auf weiteres mit ihr leben müssen. Ihre Bürde drückt uns auch heute, 22 Jahre danach, noch auf Schritt und Tritt bei jeder nennenswerten politischen, insbesondere außen- und verteidigungspolitischen Bewegung. Es wäre schon deshalb unverständlich, ja beunruhigend, wenn sich nicht sofort ein breites kritisches Interesse melden würde, so-

bald es um die Frage der inneren nationalen Orientierung der Deutschen geht. Verständlich ist auch, daß, sobald bei uns von Nationalgefühl oder Nationalbewußtsein gesprochen wird, es um alle Unbefangenheit geschehen

ist. Die alsbaldige Warnung ist immer noch fast die Regel. Aber mit der bloßen Warnung vor alten Irrwegen ist die Gegenwart so wenig zu meistern wie mit der Beschwörung abstrakter Zukunftsvorstellungen.

## Eine exemplarische Kontroverse

Jeder Versuch zur Neuordnung unseres Nationalbewußtseins muß sich entweder den Vorwurf gefallen lassen, daß damit nur wieder die Ausgangsposition für einen neuen, gefährlichen Nationalismus geschaffen oder aber daß Denk- und Verhaltensweisen heraufbeschworen würden, die reaktionär seien, weil sie die weltgeschichtliche Entwicklung aufhielten, mindestens nicht mit ihr zusammenpaßten.

Im Frühjahr 1966 erschien in einigen evangelischen Kirchenblättern Deutschlands ein Artikel „Warnung vor dem Vaterland“. Ein Berliner Journalist war sein Verfasser. Der Artikel brachte nichts Neues. Er wiederholte nur, was seit mehr als 20 Jahren in der veröffentlichten Meinung Deutschlands dominierte. Er brachte Überspitzungen im Zeichen der Vergangenheitsbewältigung und schüttete dabei so das Kind mit dem Bade aus, daß Otto Dibelius dagegen auftrat. Er sagte: „Die Liebe zum Vaterland ist nicht eine Sache des kalt überlegenden Verstandes, sondern eine Sache des Gefühls, des Gemüts, des Willens und der Opferbereitschaft für das große Geschenk unseres Gottes. Dieses Geschenk lassen wir uns auch nicht von einer blutleeren Theologie rauben, die sich wieder zu Worte meldet. Das Wort Vaterland werden sie uns stehen lassen müssen.“

In dieser Kontroverse stoßen nicht zwei verschiedene Beurteilungen eines katastrophalen Abschnitts der deutschen Geschichte aufeinander. Otto Dibelius hatte mit dem Nationalismus, vor dem jener Berliner Journalist

meinte warnen zu müssen, mindestens so wenig im Sinn wie der Warner selbst. Aber die Kontroverse ist deshalb von exemplarischer Bedeutung, weil darin zwei Denkartarten aufeinander stoßen, die, wenn ich recht sehe, im deutschen Volk mehr oder weniger gespannt nebeneinander existieren. Der Gegensatz wird deutlicher und gewinnt an Schärfe, wenn er sich nicht historisch, sondern programmatisch ausdrückt. Otto Dibelius ging es um ein neues, sittlich geklärtes deutsches Nationalbewußtsein, um eine Gefühlsbeziehung zum Vaterland, die nationalsozialistische Verführung ausschließt. Seine Kritiker aber behaupten, daß nicht nur der alte Nationalismus, sondern auch jenes Nationalbewußtsein obsolet ist, weil es sowohl geschichtlich wie moralisch erledigt sei.

So hat ein junger deutscher Gelehrter (Hättich) die Frage aufgeworfen, ob in der offenen freiheitlichen Gesellschaft „das dem Nationalbewußtsein zugrunde liegende prinzipielle Verhältnis des Menschen zur Politik der menschlichen Existenz überhaupt noch adäquat sei“. Hinter der Frage steht die Behauptung, daß das Nationalbewußtsein deshalb fragwürdig sei, weil es den Menschen der Politik verfügbar mache, während die Politik doch dem Menschen verfügbar bleiben müsse. Dieser Einwand ist auch in der Demokratie zum größten Teil theoretisch. Zudem läßt er außer acht, daß der einzelne die wenigstens relative Sicherung seiner Existenz bislang immer noch in der Gemeinsamkeit der Nation findet.

## Die Nation — Strukturprinzip auch im integrierten Europa

Gewichtiger ist die andere Frage desselben Gelehrten, ob die Nationalstaaten in die Zukunft hinein überhaupt noch „das primäre Strukturprinzip politischer Ordnungen“ sein können, genauer: sein dürfen. Jener Mainzer Politologe will eben dies verneinen. Aber auch wenn man ihm dabei zu folgen bereit ist — wie es die europäische Integrationspolitik ungefähr tut —, kann man doch nicht folgern, daß damit das Nationalbewußtsein zum Tode verurteilt sei. Weit berechtigter ist die Annahme, daß es auch noch im supranationalen Integrationsverband eine zwar gewandelte, aber immer noch produktive und strukturierende Bedeutung behält. Realistischerweise muß davon ausgegangen werden, daß auch die supranationale Integration bis jetzt jedenfalls der Nation als Strukturprinzip nicht abgesagt hat. Man kann zwar sagen, daß eine Politik, welche die supranationale Integration anstrebt, die Vorstellung grundsätzlich ausschließt, der souveräne Nationalstaat sei der oberste Wert politischen Denkens und Handelns. Man kann auch unterstellen, daß die supranationale Integration faktisch und grundsätzlich der sogenannten offenen pluralistischen Gesellschaft unbefangener gegenübersteht als das herkömmliche Staatsdenken. Aber nach allem, was wir bis jetzt wissen und gesehen haben, wird die europäische Einheit als Föderation gedacht und nicht als zentralistischer Staat.

### Gefährlicher Relativismus

Ein ernsterer Gegner auch des selbstkritischen Nationalbewußtseins ist *der Relativismus*. Er ist nicht in jedem Fall, aber häufig ein Kind des Säkularismus, zuweilen des Nihilismus. Dieser Relativismus hat richtig erfaßt, daß auch das kritische Nationalbewußtsein angelegt ist auf einen breiten, nationalen Konsens, der so „etwas wie Werte an sich“ meint. Ausgerechnet in einer der CDU nahestehenden Zeitschrift wurde kürzlich der Münchner Ver-

Es wäre deshalb ganz verfehlt, das vereinte Europa als einen Eintopf vorzustellen, in dem die nationalen Profile und Strukturen untergegangen sind.

Ich glaube auch nicht, daß die Föderation Europas vorgestellt werden darf wie die der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir haben jedenfalls keinen Anhaltspunkt dafür, daß die supranationale Integration Europas es darauf angelegt hat, ein melting-pot zu werden. Die bis jetzt vorgestellte und programmatisch verkündete Einheit soll jedenfalls kein einsprachiges egalitäres Gebilde sein, sondern eine Föderation nationalstrukturierter und -profilierter Staaten, also ein „Europa der Vaterländer“. Auch wenn wir Deutsche uns die vollendete Gestalt dieses vereinten Europas möglicherweise anders vorstellen als der französische Staatschef, der das Wort geprägt hat, so ändert das nichts daran, daß dieser Begriff auch mit unseren politischen Vorstellungen zu vereinbaren ist.

Man kann sich vielleicht auch noch eine sehr viel weitergehende egalitäre Weltgesellschaft und Weltföderation vorstellen. Wer aber heute auf sie hin argumentiert, steht mindestens in der Gefahr, den Boden unter den Füßen zu verlieren und das bloß Spekulative zu treiben.

anstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgehalten, daß sie „das lebensgefährliche Geschäft der Täuschung durch Phrasen“ betreibe, weil sie Werte an sich proklamiere. Moral und Sitte hätten nichts mit ewig gültigen Gesetzen zu tun. Die „überlieferten, ausgehöhlten Wertvorstellungen“ hielten „in der geänderten Gesellschaft nicht mehr stand“. Die Intellektuellen hätten verdienstvollerweise „die Pseudoideale“ beiseite geräumt. Jetzt gelte es, sie

nicht wieder herbeizuholen, sondern „sich um die Realität zu kümmern“.

Ich zitiere diese Kritik, weil ich glaube, daß sie charakteristisch ist für eine weitverbreitete Denkart unserer Zeit, und weil sie in den Kern der Sache stößt, um die es geht. Dieser Relativismus, dessen Höchstes die „Realität“ sein soll, ist deshalb so gefährlich, weil er jederzeit zur sichersten Brutstätte des planen Opportunismus werden kann.

Hitlers Chance im deutschen Volk war um so größer, je weniger er mit einem bedingungslosen, sittlich begründeten Widerstand zu rechnen hatte. Wer es vor und unter Hitler damit genug sein ließ, sich um die jeweilige „Realität“ zu kümmern, wer sich nicht „an ewigen Werten“ orientieren wollte oder konnte — wozu nicht nur Glaubens-, sondern auch Rechtsüberzeugungen zu rechnen sind —, der stand Hitler oft und lange hilflos gegenüber. Jener Kritiker hat offenbar vollkommen

übersehen, daß sein Lobpreis des Relativismus und des angeblich Realen jedem Opportunismus Tür und Tor öffnet und den Menschen zum Spielball wechselnder Gewalten und Zustände erniedrigt. Dieser sogenannte Realismus ist ein kurzsichtiges Verfallensein an den Vordergrund der Welt mit Schleichpfaden in das Chaos.

Wer das für Übertreibung hält, der hat sich noch keine zureichende Rechenschaft gegeben über den Verlauf unserer eigenen Geschichte in diesem Jahrhundert. Wer das für Übertreibung hält, hat aber auch die Tiefe des Gegensatzes nicht erfaßt, der die Welt und Deutschland teilt. Ob es nun als chic gilt oder den Vorwurf einbringt, ein sturer kalter Krieger zu sein: Das Ringen mit dem Weltkommunismus ist eben nicht nur ein Kampf gegen ein anderes politisches Zielbild, sondern eine in die Tiefe greifende Auseinandersetzung über den Sinn des Menschseins überhaupt.

## Nationalbewußtsein im gespaltenen Deutschland

Das ändert nichts daran, daß wir Deutsche einen dauerhaft-friedlichen Ausgleich auch mit Sowjetrußland und unseren kommunistischen Nachbarn im Osten anstreben. Aber bei aller menschlichen Großzügigkeit dürfen wir uns doch keine Illusionen machen über die Kraft und Bedeutung von Gegensätzen, über die wir keine Gewalt haben. Sie verschwinden nicht dadurch, daß wir die Augen vor ihnen schließen oder ihre realen Konsequenzen ignorieren. Wir glauben nun einmal, daß der einzelne bei aller Gemeinschaftsgebundenheit weder vom Staat noch von der Gesellschaft bewirtschaftet werden darf. Wir bestreiten, daß er zur unbegrenzten Disposition von Machthabern mit oder ohne Ideologie steht.

Trotz solcher profunden Gegensätze ist es, wie gesagt, möglich, Seite an Seite mit kommunistischen Staaten zu leben. Aber es ist nicht möglich, noch oberhalb dieses Gegensatzes ein Nationalbewußtsein zu etablieren, von dem orientierende Kraft ausgeht. Inner-

halb eines Staates können beide Grundanschauungen nicht zu gleicher Zeit praktiziert werden. Ich fürchte, das bedeutet auch, daß sich z. B. in einer gesamtdeutschen Konföderation kaum ein Nationalbewußtsein entwickeln könnte von normativer Kraft und Bedeutung. Zwar sieht es gar nicht danach aus, daß es zu einer solchen Konföderation kommen könnte. Einen Funken von Realität hat die Vorstellung ohnehin nur dann, wenn man sich darüber klar ist, daß in einer solchen Organisation die gegensätzlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme nebeneinander weiterbestehen würden. So hoch in einem solchen Falle aber auch die gemeinsam erlebte und erlittene Geschichte und die menschliche Verbundenheit eingeschätzt werden mögen — sie sind konstituierende Bestandteile des Nationalbewußtseins —, so reichen sie allein doch nicht aus, um darauf ein modernes Nationalbewußtsein von einiger Bedeutung zu gründen.

Auf der anderen Seite kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Teilung Deutschlands und die Ausbildung eines als Provisorium gedachten neuen deutschen Staates unser Nationalbewußtsein ebenso scharf gespornt wie hart gezügelt hat. Das Verlangen nach der Wiedervereinigung hat das deutsche Nationalbewußtsein wacher und mobiler gehalten als alles andere. Aber es hat ihm auch jenen resignierten, ja pathologischen Zug gegeben, unter dem wir leiden und der uns von anderen Nationen distanziert.

In einer brillanten Analyse hat sich das „Hochland“ mit dieser Seite unserer Frage auseinandergesetzt. Burghard Freudenfeld beschreibt dort exakt die paradoxe Situation, in der sich die Bundesrepublik mit ihrem unzureichenden Staats- bzw. Nationalbewußtsein befindet. Allen Versuchen, diesem Mangel abzuhelpfen, stehe entgegen, daß sie sich selber nur als ein Provisorium verstehe. Einem solchen Staatsgebilde fehle eben — so meint Freudenfeld — die Qualität einer Staatsnation. Es sei ein „substantieller, kein geographischer Torso“.

## Bundesrepublik — Provisorium oder deutscher Kernstaat?

Es ist unverkennbar, daß diese Analyse eine eindringliche Kritik am Grundgesetz bzw. an seiner Definition der Bundesrepublik Deutschland beinhaltet. Aber während Freudenfelds Kritik darauf hinausläuft, daß sich die Bundesrepublik als Provisorium statt als Perfectum definiert, schiene es mir einleuchtender, wenn die Kritik darauf hinausliefe, daß die Väter des Grundgesetzes überhaupt einen neuen, wenn auch „provisorischen“ Staat schufen. Eine solche Kritik ist zwar insofern theoretisch, als sie von der konkreten politischen Situation von 1948/49 und der Einflußnahme der verschiedenen Besatzungsmächte absieht. Aber unter systematischen wie unter politischen Gesichtspunkten wird man dennoch bedauern müssen, daß sich der Parlamentarische Rat damals nicht entschließen konnte, den größeren, freiheitlich verfaßten Teil Deutschlands als deutschen Kernstaat mit dem Deutschen Reich zu identifizieren und die sowjetisch besetzten deutschen Länder und Provinzen als das zu bezeichnen, was sie in Tat und Wahrheit auch sind, nämlich deutsche Gebiete, deren Bewohner durch fremde Besatzungsgewalt an der Ausübung ihrer Reichsbürgerrechte gehindert werden. Man darf sich zwar nicht einbilden, daß dadurch die Teilung und alles, was damit zusammenhängt, leichter zu beheben wäre. Aber wir hätten wahrscheinlich etwas weniger Mühe, fremden Völkern unse-

ren Alleinvertretungsanspruch, die Hallstein-Doktrin u. ä., verständlich zu machen. Es war ein Fehler, daß wir nicht wagten, uns damals auch äußerlich mit dem schwer belasteten Deutschen Reich zu identifizieren. Als seine Rechtsnachfolger mußten und müssen wir ohnehin für das Deutsche Reich geradestehen. Im Vergleich zu uns sind die Ulbricht-Leute von vornherein auf das Ganze gegangen. Nach dem Namen des Deutschen Reiches haben sie zwar nicht gegriffen, aber die Verfassung der sogenannten DDR proklamiert, für ganz Deutschland gültig zu sein. In ihrer Präambel heißt es auch dementsprechend schlicht, daß sich „das ganze deutsche Volk diese Verfassung gegeben“ habe.

Was man auch dazu sagen mag, in all dem kommt immerhin zum Ausdruck, daß es beiden Seiten einmal um ganz Deutschland ging. Je länger wir auf die Wiedervereinigung warten müssen, desto mehr müssen wir darauf gefaßt sein, daß das, was uns Älteren selbstverständlich ist, für die Nachwachsenden auf beiden Seiten Deutschlands fragwürdig wird. Daß ganz Deutschland und nicht nur die Bundesrepublik oder der Herrschaftsbereich Ulbrichts unser Vaterland ist, wird bei den Jungen immer mühsamer im Bewußtsein zu halten sein. Das ist eine Aufgabe der nationalen Erziehung, die wahrgenommen werden muß.



## Legitimes Bedürfnis nach innerer und äußerer Behausung

Eine Erziehungsaufgabe bleibt es auch, dem Bürger einer hochtechnisierten und -politisierten Welt klarzumachen, daß das Wort Vaterland etwas anderes ist und meint als das Determiniertsein des einzelnen in einer Gesellschaft, die er oft nur heteronom erfährt und empfindet. Vaterland meint, daß der auf Gemeinschaft angelegte Mensch aus freien Stücken Ja sagen kann zu den Ordnungen, die seinem eigenen Leben Stil und Rang, Form und Schönheit geben. Dazu gehören Familie und Volk, Land und Heimat. In der Unendlichkeit der Welt bedarf der Mensch einer Stätte, an der er zu Hause ist. Keine noch so weltoffene Politik, kein noch so weltbürgerliches Bewußtsein kann dieses Bedürfnis nach innerer und äußerer Behausung auf längere Zeit ignorieren, ohne daß sich daraus auch politische Schwierigkeiten ergeben. Es ist nicht wahr, daß solche Reaktionen von vornherein suspekt sein müssen. Es ist auch nicht wahr, daß in diesem Bedürfnis nach Behausung, nach Heimat und Vaterland eine reaktionäre Absage an die gegenseitige Abhängigkeit in der einen Welt von heute liege. Ein solches Bedürfnis braucht auch nicht zur nationalen Sonderbündelei zu führen. Es ist aus sich selber urmenschlich, wahrhaft human.

Dem Bedürfnis nach innerer und äußerer Behausung entspringt die freie Bejahung des Volkes mit seiner Geschichte, das heißt der Nation und des Landes, in dem wir geboren sind. Dies alles, was uns umgibt, was uns in Sprache und Kultur überkommen ist, das Schicksal, das wir mit denen, die um uns sind, erlebt und durchlitten haben, unser eigener Lebenswille, der die Notwendigkeit der gemeinsamen Selbstbehauptung erkennt und bejaht, unsere nicht ideale, aber eigene geprägte gemeinsame Lebensweise — das alles ist Vaterland. Warum soll es verdächtig oder gar verhängnisvoll sein, daß sich das Ja dazu wieder einen öffentlichen Ausdruck in unserer Zeit zu schaffen versucht? Gewiß: Was wir davon wahrnehmen, ist oft unklar. Zuweilen tritt das Ja zum Vaterland auch nur zögernd oder in verschämter Form zutage. Aber das ist besser, als wenn es grell und gellend,

anspruchsvoll und arrogant sich äußerte. Es ist nicht gut, darin bloß die Wiederkehr eines alten oder neuen Nationalismus zu sehen; es hat und braucht damit überhaupt nichts zu tun zu haben. Es braucht auch nichts zu tun zu haben mit Ressentiments, wie sie heute wieder von rechtsradikalen Gruppen angeheizt werden. Und es braucht erst recht nichts zu tun zu haben mit der Wiederholung eitler und geschichtlich widerlegter Großmacht- und Weltmachtträume, wenn vielleicht auch einige Narren meinen, gerade damit ein Geschäft machen zu können.

Das Ja zum Vaterland in unserer Zeit muß in der Erkenntnis leben, daß die Politik nicht nur Technik und simpler Machtkampf ist, sondern daß sie der Gesinnung und des Ehrbewußtseins bedarf, wenn sie fruchtbar und verbindlich werden soll. Wenn sich eine Bekundung dieser Art unzulänglich ausdrückt, wenn sie nicht immer kristallklar und lauter das rechte Wort findet, so ist das noch keine Rechtfertigung der oft hoffärtigen Art, mit der ein dürrer Positivismus das Nationalbewußtsein und das nationale Gefühl der Deutschen in den letzten zwanzig Jahren behandelt hat. Dieser Positivismus ist ziemlich gedankenlos davon ausgegangen, daß öffentliche Kritik und allenfalls Diskussion genügen, um ein Volk zusammenzuhalten und mit seinen politischen Aufgaben fertig zu werden. Nun kann zwar kein Staat, und am wenigsten die parlamentarische Demokratie, ohne Diskussion und Kritik gestaltet werden. Ein freiheitlicher Rechtsstaat braucht jedoch mehr als dies. Er braucht mehr als eine vorzügliche Verfassung, mehr als zeitgemäße Apparaturen und auch noch mehr als eine florierende Wirtschaft. Er braucht sogar mehr als Bürger, die sich ihrer Rechte bewußt sind. All das ist schön und gut und notwendig. Aber es bringt ein Volk nicht in die Zukunft — es sei denn, daß es eine hinreichend breite Schicht von Männern und Frauen, von Alten und Jungen besitzt, die sich für diesen ihren Staat einsetzen, die sich aus freien Stücken für ihr Volk, für ihr Land und seine Zukunft engagieren.

## Politisches Engagement

Ich kann und will nicht sagen, daß sich dieses Engagement nur in den politischen Parteien vollziehe oder sich nur dort verwirklichen könne. Die Parteien sind in unserer Zeit und in unserem Volk bitterer Kritik und vielen Mißdeutungen unterworfen. Das ändert aber nichts daran, daß unser freiheitlicher Rechtsstaat sich ohne die Existenz politischer Parteien nicht zu verwirklichen vermöchte.

Solange das wahr ist, ziemt es sich nicht, von den Parteien geringschätzig zu denken. Ihr Engagement ist Dienst am Vaterland — es sei denn, daß sich eine Partei nur für Gruppeninteressen einsetzen will. Eine Partei, die nur das wollte, wäre vielleicht ein ganz gut funktionierender Interessenverband; eine politische Aktionseinheit aber wäre sie nicht. Denn die Partei als politische Aktionseinheit muß über das berechnete Interesse vieler Gruppen hinaus das zum Ziel und Maßstab ihres Handelns machen, was dem ganzen Volke nützt und frommt. Dazu gehört mehr als bloßes rationales Kalkül, mehr auch nur als Prestige und Machtbedürfnis. Dazu gehört die Bereitschaft, in unscheinbaren, aber mühsamen Dingen, zum Beispiel bei Wahlkämpfen, selber mitzuarbeiten. Das ist oft eine Sache voller Entsagung. Wer sie auf sich nimmt, hat in der Regel noch ganz andere als bloß rationale oder eigensüchtige Motive.

Das Engagement in einer Partei ist in der Regel auch verkannt, wenn es als Ausdruck geistiger Enge mißdeutet wird. Denn die Ent-

scheidung für ein politisches Ziel ist nicht ein Ausdruck der geistigen Enge, sondern der Entscheidungskraft, ohne die Politik nicht möglich ist.

Das geklärte selbstkritische Nationalbewußtsein, dem ich hier das Wort rede, kann und muß jedenfalls die Bereitschaft zum konkreten politischen Engagement stärken. Schon damit wird die Behauptung widerlegt, daß sich auch ein geläutertes deutsches Nationalgefühl und Nationalbewußtsein nicht politisch-programmatisch auszudrücken vermöge, daß es im Emotionalen steckenbleibe und daß es deshalb, wenn nicht gefährlich, so doch zumindest politisch wertlos sei.

Dieser Vorwurf kann, wenn ich recht sehe, nur der NPD und ähnlichen Gruppen gemacht werden. Mit ihrem Appell an Ressentiments und ähnlich zwielichtige Gefühle diskreditieren sie in der Tat die große positive Kraft und Bedeutung des geläuterten deutschen Nationalgefühls für den Weg der Deutschen in die Zukunft. Dennoch ist es ein politischer Faktor ersten Ranges; denn ebenso wie der Mensch eine Seele hat und diese Seele von Bedeutung für ihn und sein Verhalten ist, ebenso ist auch ein Volk eine beseelte Ganzheit, eine geschichtliche Individualität, und nicht nur ein soziologischer Ausschnitt aus einer uniformen Weltgesellschaft. Für das Leben, für die Selbstgestaltung, für das politische Tun und Lassen eines Volkes sind darum auch seelische Elemente und Einflüsse von oft entscheidender Bedeutung.

## Geistige und sittliche Orientierung

So sehr die Meisterung der politischen Sach- und Einzelfragen das nüchterne — rationale — Erfassen der Situation, eine durchdachte politische Programmatik und methodische Klarheit verlangen, so wenig leistet eine Politik, wenn sie nicht von einer großen Gesinnung getragen wird und wenn sie nicht weiß, was sie im

großen und ganzen will und soll. Selbst für die Entscheidung vieler Einzelfragen ist es von Bedeutung, auf welches Gesamtziel hin sie getroffen und verantwortet und von welcher inneren Orientierung sie getragen wird. Die Rationalisten, Positivisten und bloßen Techniker der Macht kann man in diesem Zu-

sammenhang nur daran erinnern, daß die sittliche Norm Kants — der gute Wille — oder die des Apostel Paulus (I. Kor. 13) und Augustinus („Liebe und tue was du willst!“) auch für die Politik produktiver und brauchbarer ist als jede politische Kasuistik. Mit anderen Worten heißt das: Die Politik, jedenfalls die deutsche Politik, kann in der Weltlage, mit der wir Deutsche uns seit Jahr und Tag konfrontiert sehen, nicht darauf verzichten, sich immer wieder — geistig und sittlich — zu orientieren. Sie kann und soll auf die politische Taktik deshalb nicht verzichten. Aber ihre *nur* taktische Orientierung wäre nicht zu vertreten.

Der deutschen Nachkriegspolitik zum Beispiel liegt eine sittlich und national verantwortete Rangordnung der Werte zugrunde. Sie heißt — ich habe es oft gesagt — Freiheit, Friede, Einheit. Ohne eine solche grundsätzliche Orientierung wäre der politische Weg Deutschlands in den Wirren der letzten zwanzig Jahre kaum möglich gewesen. Auf diesem Wege wurde die Probe darauf gemacht, daß es möglich ist, auch ohne die lange für unerläßlich gehaltene nationale Souveränität ein Nationalbewußtsein zu entwickeln, das eine moderne, kritische und politisch-produktive Weltorientierung ermöglicht und die Politik davor bewahrt, in bloßen Opportunismus abzusinken.

Ich sehe nicht, was gegen eine „nationale“ Orientierung dieser Art im Namen der Humanität oder einer neuen Weltfriedensordnung eingewandt werden könnte. Wenn wir unser Recht, Deutsche und *ein Volk* zu sein, selber in Frage stellten oder unwidersprochen in Frage stellen ließen, dann wären wir freilich nicht „national“, aber wir wären auch nicht

human. Zudem brauchten wir uns nicht zu wundern, wenn wir auch damit nicht jedermanns Liebling in der Welt würden, denn der Wechsel von Hybris in bloße Unterwürfigkeit kann weder Achtung noch Vertrauen schaffen. Wir brauchen aber die Achtung und — soweit das überhaupt möglich ist — auch das Vertrauen der Welt. Und wir brauchen auch die Achtung vor uns selbst und das Vertrauen zu uns selbst, wenn wir mit unserem Vaterland Deutschland in der Fährlichkeit der Welt bestehen wollen.

Als wir uns an Pfingsten 1943 in Helmuth von Moltkes Kreisau um die innere und äußere Orientierung eines neuen rechtschaffenen Deutschlands bemühten, einigten wir uns — Sozialisten und Konservative — darauf: „Die besondere Verantwortung und Treue, die jeder einzelne seinem nationalen Ursprung, seiner Sprache, der geistigen und geschichtlichen Überlieferung seines Volkes schuldet, muß geachtet und geschützt werden. Sie darf jedoch nicht zur politischen Machtzusammenballung, zur Herabwürdigung, Verfolgung oder Unterdrückung fremden Volkstums mißbraucht werden. Die freie und friedliche Entfaltung nationaler Kultur ist mit der Aufrechterhaltung absoluter einzelstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vereinbaren. Der Friede erfordert die Schaffung einer die einzelnen Staaten umfassenden Ordnung. Sobald die freie Zustimmung aller beteiligten Völker gewährleistet ist, muß den Trägern dieser Ordnung das Recht zustehen, auch von jedem einzelnen Gehorsam, Ehrfurcht, notfalls auch den Einsatz von Leben und Eigentum für die höchste politische Autorität der Völkergemeinschaft zu fordern.“ Ich halte dieses Wort der Kreisauer auch heute noch für verbindlich.

## Nationalbewußtsein in der Welt von heute

### Die Diskussion

Wir hören und lesen in letzter Zeit immer häufiger die Frage nach der Bedeutung der Nation, des Volkes, des Vaterlandes. In der Tat, wie sollen, wie können wir Deutschen sie beantworten? Was bedeuten denn diese Begriffe tatsächlich für uns, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einem geteilten Deutschland als Mitglieder einer hochentwickelten Industriegesellschaft und als Staatsbürger eines freiheitlichen Rechtsstaates in enger Verklammerung mit der westlichen Welt leben?

Es lohnt sich, darüber nachzudenken, und mir scheint die Tatsache politisch durchaus bedeutsam, daß diese Frage wieder aktuell geworden ist und daß sie — ob nun positiv oder negativ — eine zunehmende Anzahl von Deutschen beschäftigt. Dialog und Diskussion, vor allem aber Engagement sind Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie, und so dürfte auch die Suche nach einem neuen Verhältnis zur Nation — wir wollen im Sinne des Themas bei diesem Arbeitsbegriff einmal bleiben — von Belang sein. Denn es geht dabei doch wohl um die Frage nach der Beziehung der einzelnen Menschen und Gruppen zueinander, zur Gesellschaft und zum Staat; um die staatliche und zwischenstaatliche Ordnung; um unsere Verantwortung ge-

genüber Ost und West; um die Verantwortung für die Deutschen, die außerhalb des Geltungsbereiches unseres Grundgesetzes leben, und schließlich um die Rolle, die wir Deutschen in der Welt spielen wollen oder sollen.

Allerdings sollten wir von dieser Diskussion keine schnellen Patentlösungen erwarten; geistige Gemeinsamkeiten wollen wachsen. Wie die Dinge — glücklicherweise — liegen, sind Beitrag und Bekenntnis das einzig Legitime. So werden Sie auch heute von mir bei allem Bemühen um Objektivität nur eine subjektive Antwort erhalten.

Ich begrüße es sehr, daß uns dies Thema gerade heute, am 20. Juli, zusammenführt. Der Blick auf dieses Ereignis unserer nationalen Vergangenheit enthüllt uns durch die noch im Scheitern zukunftsträchtigen, in ihrer Ohnmacht mächtigen Vorbilder unsere eigene Bedrohtheit und Verpflichtung. Er zwingt uns zur Dankbarkeit dafür, daß wir trotz allem, was im deutschen Namen durch Deutsche in der Welt geschah, heute wieder unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Den Angehörigen des Widerstandes war die freie, öffentliche Diskussion verwehrt, sie konnten nur im Untergrund und ungehört zusammenkommen. Unser Risiko ist demgegenüber unvergleichbar klein und geringfügig. Das verpflichtet zu gewissenhaftem Gebrauch der uns garantierten Rechte — wobei ich meine, „gewissenhaft“ sollte nicht grundsätzlich Minimalgebrauch heißen!

---

Der Aufsatz geht zurück auf einen Vortrag, den der Verfasser bei der Gedenkstunde am 20. Juli 1967, veranstaltet von der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, in Verbindung mit Universität, Technischer Hochschule, Bayerischem Jugendring und Standortkommandantur München, gehalten hat.

## Das Nationalbewußtsein des Widerstandes

Wenn ich mit Ihnen zunächst einen Blick auf das Verhältnis des deutschen Widerstandes zur Nation werfe, um dann einige persönliche Bemerkungen zum Nationalbewußtsein unserer Zeit anzufügen, so folge ich damit nicht bloß festrednerischem Brauchtum. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß die Frage nach dem Nationalbewußtsein des Widerstandes uns zu einigen recht aufschlußreichen Erkenntnissen verhelfen kann. Wir werden dabei nämlich entdecken, daß manche Antwort auf Fragen unserer Zeit und Zukunft damals bereits vorgegeben wurde.

Die Ablehnung von Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus wurzelte — wir alle wissen es — in sehr verschiedenen Überzeugungen und Haltungen; sie konnte christlich, humanitär-sittlich, rechtlich, national, innen- oder außenpolitisch, gesellschaftlich und fachlich motiviert sein. Auch, daß sich normale Zustände nur durch den Sturz des Systems wieder herstellen ließen, wurde den einzelnen bei sehr verschiedenen Anlässen klar. Der eine sah sich durch die Judenverfolgung oder die Unterdrückung seiner Kirche, der andere durch die Rechtspflege, die Konzentrationslager oder das „Euthanasie-Programm“ herausgefordert und vor die Gewissensfrage gestellt — wieder andere durch die totalitäre Eidesformel, die offensichtliche Tendenz zum Kriege oder durch die Art der Kriegführung.

So kam es, daß sich Menschen recht verschiedenartiger Färbung im Widerstand zusammenfanden, der, von uns aus gesehen, übrigens weit geschlossener erscheint, als er es tatsächlich war und sein konnte. Denn zu der gegebenen Vielfalt der pluralistischen Gesellschaft trat noch ein anderes Moment: Die erdrückende Übermacht der Apparatur und die Haltung weiter Teile des deutschen Volkes ließen jeden Zusammenschluß, der über familiäre und berufliche Beziehungen hinausreichte, zum tödlichen Risiko werden. Der Verständigung waren daher enge Grenzen

gesetzt. Übereinstimmung herrschte freilich gegen den — wie es Graf Yorck vor dem Volksgerichtshof sagte — „Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen vor Gott“. Indem die einzelnen sich zum Widerstand entschlossen, beugten sie sich, so formulierte es Bonhoeffer, der „Notwendigkeit der freien, verantwortlichen Tat auch gegen Beruf und Auftrag“, „Die außerordentliche Notwendigkeit appelliert an die Freiheit der Verantwortlichen. Es gibt kein Gesetz, hinter dem der Verantwortliche hier Deckung suchen könnte ... Es gibt vielmehr angesichts dieser Situation nur den völligen Verzicht auf jedes Gesetz, verbunden mit dem Wissen darum, hier im freien Wagnis entscheiden zu müssen, verbunden auch mit dem offenen Eingeständnis, daß hier das Gesetz verletzt, durchbrochen wird, daß hier Not das Gesetz bricht ...“

Auch Moltke deutet auf das gleiche Motiv, wenn er in seinem Abschiedsbrief an die Söhne schreibt: „Ich habe mich ... dafür eingesetzt, daß dieser Geist“ — im Vorsatz beschrieben als „Geist der Enge und der Gewalt, der Überheblichkeit, der Intoleranz und des Absoluten, erbarmungslos Konsequenzen, der in den Deutschen steckt und der seinen Ausdruck in dem nationalsozialistischen Staat gefunden hat“ — daß dieser Geist „mit seinen schlimmen Folgeerscheinungen, wie Nationalismus im Exzeß, Rassenverfolgung, Glaubenslosigkeit, Materialismus, überwunden werde.“ Die Menschen, die damals Widerstand leisteten, hatten erkannt, daß Hitler bzw. der Nationalsozialismus keine zufällige, wenn freilich auch keine zwangsläufige Erscheinung der deutschen Entwicklung war, sondern nur die — allerdings extreme — Konsequenz eines radikalen Nationalismus und ebenso radikaler Ordnungsvorstellungen von Staat und Gesellschaft — zugespitzt noch durch einen nihilistischen Biologismus und Geschichtsdeterminismus. So wollte auch niemand die Zustände

von 1932 restaurieren; vielmehr bemühte man sich in den verschiedenen Widerstandsgruppen um neue Ordnungsvorstellungen, die der Zeit gemäßer wären und einer Wiederholung des Nationalsozialismus entgegenständen. Weite Kreise des Widerstandes fühlten sich geradezu als „europäischer Vortrupp“ und waren auf der Suche nach einer neuen „Nation“ mit einer neuen Gesellschaftsordnung, die freilich für viele nicht dem Weimarer Modell entsprechen durfte: dazu hatte die erste Begegnung mit der modernen Demokratie in Deutschland unter einem zu ungünstigen Stern gestanden.

Rückblickend kann man feststellen, daß volle Einmütigkeit in der Ablehnung des herrschenden Systems bestand; Einmütigkeit auch in der Erkenntnis, daß es eines neuen Ansatzes bedürfe. Darüber hinaus jedoch gab es von einander abweichende, sich übrigens auch im einzelnen ständig weiterentwickelnde Vorstellungen über den Weg in eine bessere Zukunft. Die Aussagen aus dem Widerstandskreis zu unserem Thema lauten deshalb recht verschieden je nach dem politischen Standort des Betreffenden oder seiner Gruppe, bzw. dem Zeitpunkt, zu dem sie gemacht wurden.

### Die Konservativen

Der konservative Flügel empfand den Krieg in Europa zunächst als unerträglichen Anachronismus, lebte aber, jedenfalls in seiner Frühzeit, noch ganz in den Vorstellungen eines Bismarck-Reiches von Weltgeltung. Erst als die Verbrechen des Regimes dem deutschen Anspruch, der bestimmende Ordnungsfaktor in Europa zu werden, jeden moralischen Boden entziehen, nimmt man Abschied von einem Europagedanken hegemonialer Art, in dem die mittelalterliche Reichsidee noch deutlich anklang, d. h. in dem es weniger um Macht und Gewalt als um Frieden und Recht ging. Die innere Ordnung wird erklärlicherweise noch patriarchalisch gesehen, der Gedanke des starken Staates erst allmählich korrigiert. Hier war die Diskussion mit dem Kreisauer Kreis und anderen Widerstandsgruppen hilfreich.

Graf Moltke z. B. gehört zu denen, die sich gegen die konservative Tradition wandten, den Staat als eine moralische Instanz mit religiöser Rechtfertigung zu begreifen. Er sah gerade in dieser Staatsauffassung eine wesentliche Ursache für die Wehrlosigkeit des deutschen Volkes gegenüber den Versuchungen und Ansinnen des totalitären Systems.

### Der Kreisauer Kreis

Überhaupt stand der christlich-sozial bestimmte Kreisauer Kreis — so benannt nach dem Gut des Grafen Moltke — Nationalismus und obrigkeitsstaatlichen Vorstellungen insgesamt ferner. Er wollte außenpolitisch Versailles — den von den meisten Deutschen als ungerecht empfundenen Friedensvertrag des Ersten Weltkrieges — nicht rückgängig machen, sondern nach vorwärts überwinden. Man erkannte die historischen Leistungen des Nationalstaates zwar an, hielt ihn aber nicht mehr für die geeignete Ordnungsform der Zukunft. An seine Stelle soll eine „Genossenschaft der freien Völker“ treten, ein durch eine Wirtschaftsunion eingeleiteter Staatenbund mit europäischem Staatsbürgerstatus, europäischen Streitkräften und höchstem Gericht. In der Denkschrift vom November 1943 heißt es: „Die Entwicklung, insbesondere in Europa, erweist die Unzulänglichkeit des souveränen Nationalstaates als letzter internationaler Instanz und drängt auf größere Zusammenfassung der einzelnen Völker hin.“ Man sieht: hier wird nicht resignierend der zum Selbstzweck überhöhte Nationalismus preisgegeben, sondern ganz rational angesichts der Bedingungen unseres Zeitalters im wohlverstandenen Interesse der Nation auf Souveränität verzichtet.

Die Vorstellungen über eine künftige Struktur Europas nehmen die Gedanken der Steinschen Reform wieder auf; sie propagieren die Selbstverwaltung, um die Mitverantwortung der Staatsbürger im überschaubaren Bereich herauszufordern und so das obrigkeitsstaatliche Erbe zu überwinden. Die Aufteilung Europas in eine größere Zahl von Verwaltungs-

bezirken soll einer deutsch-französischen Hegemonie vorbeugen. 1942 führt Moltke aus: „Für uns ist Europa nach dem Kriege weniger eine Frage von Grenzen und Soldaten, von komplizierten Organisationen oder großen Plänen. Europa nach dem Kriege ist die Frage: wie kann das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger aufgerichtet werden? Das ist eine Frage der Religion, der Erziehung, der Bindungen an Arbeit und Familie, des richtigen Verhältnisses zwischen Verantwortung und Rechten.“

Der Wiederaufbau eines durch Nationalismus und Rassenwahn zerstörten Europas soll im Zeichen der Wiederherstellung von Menschenwürde und Recht, unter der Forderung einer verantwortlichen Freiheit für den einzelnen stehen. Ganz modern mutet es an, wenn Moltke in einer Denkschrift des Jahres 1941 bereits von europäischer Innenpolitik spricht. Er hält es für „die geschichtliche Aufgabe dieses Krieges, diese (nationalistischen) Gegensätze zu überwinden und mindestens für Europa eine einheitliche Grundauffassung wiederherzustellen; die notwendige Folge dieser Hoffnung ist die einheitliche Souveränität über Europa unter Überwindung aller einzelnen Souveränitätsansprüche“.

Im Kreisauer Kreis hat — so weit ich es übersehe — der Kulturpessimismus, der viele Menschen in die Arme des Dritten Reiches trieb, keine Rolle gespielt; die pluralistische Gesellschaft und damit die freie Entfaltung der Gruppen wurde bejaht. Ob allerdings der Staat für den einzelnen oder der einzelne für das Volk da sei, diese Frage wurde heftig diskutiert; die liberale Staatsauffassung stand auch hier einer konservativ-romantischen gegenüber. Da jedoch beide Richtungen von der zentralen Stellung des Menschen ausgingen, war die Einigung über die konkrete Planung nicht schwer. Pater Delp hat den Kompromiß wie folgt definiert: „Es ist auf eine Ordnung äußeren, sozialen, wirtschaftlichen, technischen usw. Lebens hinzuwirken, die dem Menschen ein relativ gesichertes Existenzminimum jeg-

licher Art (auch geistig, zeitlich, räumlich usw.) verbürgt. Das Maß des Zielbildes ist vom Menschen zu nehmen, das Ausmaß der jeweiligen Verwirklichung nach den sachlichen Möglichkeiten zu bemessen. Ob das nun eine Erziehung zu Gott ist? Erst die unterste Voraussetzung. Erst die Bemühung um eine Ordnung und Verfassung des Lebens, in der ein Blick auf Gott für den Menschen nicht mehr eine übermenschliche Anstrengung bedeutet.“ Dieses scheint mir übrigens eine sehr glückliche Formulierung zu sein; sie scheidet deutlich letzte von vorletzten Werten, staatlich-gesellschaftliche Aufgabe von personaler Verantwortlichkeit und stellt darüber hinaus manche Klage über den Materialismus als Zug unserer Zeit in Frage.

### Die Linke

Die linken Gruppen des Widerstandes folgten einer Tradition internationaler Solidarität und des Denkens in gesellschaftlichen Kategorien; ihre Beziehung zu Fragen unseres Themas war daher nach Inhalt und Terminologie recht anders geartet als die der Rechten und der Mitte. Sie standen dem System von Anbeginn in kompromißloser Ablehnung gegenüber, zumal dessen Terror ihnen nur illegale Tätigkeit erlaubte. Ab Mitte der 30er Jahre suchten sie Anschluß an die Offiziere im Widerstand, da ein Umsturz jetzt nur noch mit Hilfe der Wehrmacht möglich war. Reichsbanner und Gewerkschaften waren sofort nach der Machtübernahme zerschlagen worden; in Verkennung des Nationalsozialismus hatte ihre Führung sie nicht mehr rechtzeitig eingesetzt. Eindeutige Stellungnahmen zu unserem Thema aus dem Untergrund fehlen erklärlicherweise; doch steht fest, daß Männer wie Leber, Leuschner und Dahrendorff, je mehr die Zeit fortschritt, das Denken der anderen Widerstandsgruppen in zunehmendem Maße beeinflusst haben. Bereits 1929 hatte Leber festgestellt: „Europa ... krankt an einem Zustand, der nicht mehr in die Welt paßt: am Nationalismus.“

## Der Bonhoeffer-Kreis

Noch ein anderer, in seiner sittlichen Radikalität für uns bedeutsamer Beitrag zum Thema Nation darf nicht unerwähnt bleiben; er kommt aus dem Kreis um Bonhoeffer. Hier hatte man sich zu der bitteren Erkenntnis durchgerungen, daß die totale Niederlage und Besetzung Deutschlands nicht nur unumgänglich, sondern aus moralischen und politischen Gründen notwendig sei. Man hatte begriffen, daß ein deutscher Sieg das Ende Europas im Sinne aller freiheitlichen Traditionen besiegeln würde, und war bereit, angesichts des Charakters und der Verbrechen des Regimes mit der totalen Niederlage auch das Ende des deutschen Nationalstaates in Kauf zu nehmen. Aus dieser Sicht begreift Bonhoeffer den Widerstand als „Akt der Buße“, der „keine außenpolitischen Auswege“ mehr gestatte.

Auch dem „Kreisauer Kreis“ erschien die spätere Kooperation mit den Siegern notwendig und selbstverständlich. Mitglieder des Kreises nehmen daher Verbindung mit verschiedenen

Alliierten und den Widerstandsbewegungen der besetzten Gebiete auf. Sie taten dies unter dem Zwang der Erkenntnis, daß ein weltweiter Kampf um menschenwürdige Existenzbedingungen heraufgebrochen war und daß die alten nationalstaatlichen Fronten demgegenüber zu sekundärer Bedeutung herabgesunken waren. Vordergründig-positivistisch gesehen, war der Vorwurf des Landesverrates berechtigt. Doch gab es für Menschen, die zu Ende dachten und sich ihrer sittlichen Verantwortung für ihre Mitmenschen und deren Zukunft nicht entzogen, kaum eine andere Wahl. Im Konflikt zwischen Eid und Loyalitätspflicht folgten sie ihrem Gewissen — wohl wissend, was sie taten und wessen sie sich zu gewärtigen hatten. „Es ist Zeit“, sagte Henning von Tresckow kurz vor dem 20. Juli, „daß jetzt etwas getan wird. Derjenige allerdings, der etwas zu tun wagt, muß sich bewußt sein, daß er wohl als Verräter in die deutsche Geschichte eingehen wird. Unterläßt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter vor seinem eigenen Gewissen.“

## Unterschiedliche Haltungen zur Nation

Bereits dieser kurze Exkurs scheint mir folgende Feststellungen zu rechtfertigen:

a) In einer freien, pluralistischen Gesellschaft gibt es sehr unterschiedliche Haltungen — auch zur Nation. Einig sind sich die Träger freiheitlicher Weltanschauungen aber in der Ablehnung der Unfreiheit, des Unrechts und der Vergewaltigung des Menschen. Diese Übereinstimmung tritt allerdings erst im Augenblick der Gefahr zutage.

Der Glaube an eine mögliche Einheitlichkeit des Verhältnisses zur Nation ist eine totalitäre Illusion; selbst brutalster Gewissenszwang und Konzentrationslager vermögen nur eine Schein-Einheit herzustellen.

b) In einer sich stetig wandelnden Welt ist die ständige, kritische Überprüfung der überkommenen Begriffe notwendig geworden. Eine

wirklichkeitsferne Schau der Nation ist gefährlich.

c) Ein vages Nationalgefühl ist nicht mehr tragfähig in einer immer komplizierter werdenden Welt; ihm mangeln verlässliche und verbindliche Maßstäbe für verantwortliches Tun und Lassen.

d) Mit der Überhöhung der Nation zur absoluten Größe beginnt die sittliche Korruption ihrer Bürger; die Nation wird zur permanenten Gefahr für ihre Nachbarn. Bürger, deren Nationalbewußtsein durch religiöse und ethische Maßstäbe bestimmt bleibt, geraten früher oder später in einen ausweglosen Gewissenskonflikt; sie können ihrer Nation nur noch im Widerstand dienen.

e) Der Widerstand hat mit seinen Traditionen und Gedanken ein Rüstzeug hinterlassen, das



wie kaum ein anderes bei der Bewältigung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dienlich sein kann. Die Mannigfaltigkeit der hier geschaffenen Traditionen bietet jedem — sofern er nur freiheitlich gesinnt ist — den ihm gemäßen Anknüpfungspunkt an ein menschliches Vorbild, dem er ohne Selbstaufgabe folgen kann.

f) Die politischen Programme des Widerstandes entstanden in der Isolierung und sind in manchen Einzelheiten zeitgebunden. Doch er-

kannten die Männer und Frauen deutlich, daß bestimmte Ideologien und Haltungen in die Katastrophe führen. Ihr Verantwortungsbeußtsein zwang sie zur Revision überholter Vorstellungen und zum Kompromiß mit Gleichgesinnten; es trieb sie zur äußersten Konsequenz, die Henning von Tresckow einen Tag vor seinem Tode folgendermaßen kennzeichnet: „Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung das Leben hinzugeben“.

## Renaissance des Nationalbewußtseins

Versuchen wir nun für uns heute und hier die Frage nach der Bedeutung der Nation zu beantworten, so dürfen wir nicht übersehen, daß die Welt in einer Renaissance des Nationalbewußtseins befangen ist. Dabei waren vor nur zwei Jahrzehnten die meisten von uns der Ansicht, daß die nationalstaatliche Epoche mit ihrer Übersteigerung zwischen 1930 und 1945 zu Ende gegangen sei; ja, daß gerade die Übertreibung des nationalen Prinzips Folge und Zeichen seines Versagens gegenüber den Problemen unserer Zeit bedeute. Auch im übrigen Europa wurde ein anachronistisch gewordener Nationalismus als Ursache für beide Weltkriege erkannt; man begriff überall, daß ein Wiederaufbau dieses Ausmaßes nur im übernationalen Rahmen stattfinden könne, und strebte daher nach inter-, noch besser: supranationalen Zusammenschlüssen. In Deutschland unterstützte noch die Scham über das im Namen der Nation Geschehene, aber auch die Scheu vor allen klingenden, abgenutzten Worten diese Entwicklung und förderte die Hinwendung zu Verantwortungsbereichen unter- oder oberhalb der Nation.

Die Renaissance des Nationalen beginnt mit der Auflockerung der beiden politischen Blöcke, die sich nach Kriegsende formiert hatten. Zunächst mildert die Entstalinisierung den Druck der Moskauer Zentrale; es öffnet sich ein Raum, in dem die bisherigen Satelliten Bewegungsfreiheit und Selbstbewußtsein fin-

den. Die kommunistischen Regierungen schüren das wieder zum Leben erwachende Nationalgefühl, schließt es doch die Völker zusammen und animiert auch die nicht-kommunistischen Teile der Bevölkerung zur Unterstützung der herrschenden Regime.

Das westliche Verteidigungsbündnis wiederum verliert an Dringlichkeit und Intensität, sobald das Gefühl der akuten Bedrohtheit als Allianzmotiv nachzulassen beginnt. Die Bereitschaft, dem Bündnis, besser: dem eigenen Schutzbedürfnis, Teile der Souveränität zu opfern, wird geringer. Die natürliche Andersartigkeit und Gegensätzlichkeit der Interessen in einem Bündnis zwischen 15 so verschieden gearteten Staaten aus drei Erdteilen gewinnt an Bedeutung. Hinzu kommt die Sorge, daß bestimmte technologische Entwicklungen den Sicherheitswert des Bündnisses mindern könnten.

In der „Dritten Welt“ finden wir den sprühenden Nationalismus der jungen Völker. Hier ist er ein schwer ersetzbares Mittel, die Bevölkerung der meist künstlichen Staatsgebilde zu integrieren, von ihren Nachbarn zu sondern und über die wirtschaftlich-gesellschaftliche Misere hinwegzuführen. Allerdings verzögert dieser Nationalismus den Anschluß an die industrielle Zivilisation, der ohne auswärtige Hilfe nicht erreicht werden kann, und entfacht regionale Konflikte, die die ganze Welt in Flammen setzen können.

Vor diesem Hintergrund vollzieht sich die innerdeutsche, jedenfalls die westdeutsche Diskussion. Sie wird genährt und herausgefordert nicht zuletzt durch die Enttäuschung über eine so unerwartete, weltweite Wiederbelebung des Nationalismus, insbesondere über die Disintegrationserscheinungen des Bündnisses und über das Steckenbleiben der europäischen Einigung. Die Reaktion ist verständlich. Nur dürfen wir nicht übersehen, daß weltgeschichtliche Epochen — selbst wenn sie, wie die nationalstaatliche, nur 1½ Jahrhunderte währen — nicht von heute auf morgen enden. Dazu ist der menschliche Beharrungswille zu stark. Erst im geschichtlichen Rückblick lassen sich die Wendemarken auf bestimmte Daten fixieren; für die Zeitgenossen sind es qualvolle, widersprüchliche, nicht absehbare Prozesse.

Noch etwas anderes muß hier angeführt werden: Wir Deutschen hatten es leichter, den Schritt nach vorne zu tun; das Vergangene lag in Trümmern und war nur belastend. Die Sieger zahlten mit Einschränkung ihrer politischen Bewegungsfreiheit für ein Bündnis, das uns Besiegten eine gewisse Souveränität überhaupt erst gewährte. So waren wir Deutsche geneigt, gedrängt noch durch unsere Grenzlage, die NATO als supranationale Institution zu interpretieren, während sie niemals etwas anderes als ein Bündnis souveräner Staaten war. Nicht minder unrealistisch wäre es je-

doch, die großen Fortschritte in Richtung auf internationalen Zusammenschluß und über-nationale Zusammenarbeit gering zu achten, die dieses in Umfang, Intensität und Dauer einzigartige Bündnis erzielte. Man denke nur daran, daß die Existenz der NATO einen Krieg innerhalb der westlichen Welt einfach ausschließt und daß sie eine militärische Auseinandersetzung Ost/West bis heute verhindert hat.

Für uns Deutsche jedenfalls wäre es wenig angebracht, ob nun resignierend oder erleichtert, trotzig oder verzweifelt — gegen alle Vernunft und Gesetzlichkeit des 20. Jahrhunderts —, zu einem überholten, wirklichkeitsfernen Nationalismus des 19. Jahrhunderts zurückzukehren. Wir haben schon einmal auf den Nationalismus von Versailles mit katastrophalen Folgen nationalistisch reagiert. Heute wären die Folgen noch einschneidender: der Mechanismus des technologischen Zeitalters verträgt weder Sektierertum noch Abkapselung. Das Vertrauen zu unserer Einordnungsbereitschaft in die heutige Welt ist leicht zu erschüttern; für unsere Nachbarn bleiben die Erfahrungen mit dem Dritten Reich und unser Geteiltsein politische Fakten. Bestimmte Ideologien, Vokabeln und Töne können wir uns nicht leisten; sie würden Deutschland in Kürze isolieren.

## Nationalbewußtsein oder Nationalgefühl?

Auf die Frage, wie denn nun das Nationalbewußtsein beschaffen sein solle, um in der Welt von heute zu bestehen oder besser: uns in dieser Welt bestehen zu lassen, kann ich nur recht persönlich antworten — wenn Sie wollen: bekennen.

Zunächst einmal plädiere ich für das Nationalbewußtsein und gegen das Nationalgefühl. Unnötig zu erwähnen, daß wohl kein Verständiger in diesem seit der Romantik währenden Streit an das Entweder-Oder eines rein-rationalen oder rein-emotionalen Verhältnisses zur

Nation denkt. Wir wissen heute alle, daß eine derartige Spaltung der menschlichen Natur widerspricht. Aber unterstellen wir einmal einen Augenblick, es gäbe nur diese Alternative. Es stünden uns dann zwei Modelle zur Wahl: hier der Bürger, der die Existenz der Nation intellektuell erkennt, ihre Wirkung und Bezogenheit nach außen und innen ebenso sieht wie seine eigene Abhängigkeit von Geschichte und Politik dieser Nation; dort der andere, der eine schicksalhafte Verstricktheit mit der Nation spürt und durchdrungen ist

von seiner Verpflichtung zu unbedingter Loyalität und uneingeschränktem Gehorsam gegenüber dieser unantastbaren Autorität. Dem einen fehlte offensichtlich der Wille, persönliche Konsequenzen aus seiner Erkenntnis zu ziehen; dem anderen die rationale Erkenntnismöglichkeit, wofür und durch wen er eigentlich in Pflicht genommen werden kann.

Wir leben in einer Welt, die man zu Recht „one world“ nennt; also in einer Welt, in der in Berlin über das Schicksal von Kirkenes und Erzerum, in Israel auch über das von Vietnam mitentschieden wird. Der schnelle Wandel der technologischen, politischen und militärischen Situation an bestimmten Orten der Erde schafft neue, überraschende Konstellationen mit weltweiter Wirkung. Nachdem wir gerade zur Kenntnis genommen hatten, daß der Osten ein zentralistischer, monolithischer Block sei, zeigen sich die Spannungen eines polyzentrischen Lagers, und wir wissen noch nicht, ob und wann der Ost-West-Gegensatz durch einen globalen Süd/Nord-Klassenkampf der armen, primitiven gegen die reichen, hochentwickelten Staaten überdeckt und abgelöst wird. Im Inneren unseres Staates geht den politischen Entscheidungen ein kontroverser Prozeß der Meinungsbildung voraus; der Ausgleich der verschiedenen Gruppeninteressen wird bei wachsender Interdependenz aller Lebensbereiche komplizierter. Die Berufe verwissenschaftlichen, die Arbeitswelt beansprucht in steigendem Maße die Verstandeskkräfte — kurz, das Leben in der modernen Industriegesellschaft wird zunehmend rationaler. Das Proletariat der modernen Gesellschaft rekrutiert sich daher aus den nicht mehr Bildungsfähigen, das heißt denjenigen, die den rationalen Anforderungen nicht gewachsen sind. In einer solchen Welt ein irrationales, emotionales Verhältnis zu Nation, Volk, Vaterland, oder wie wir diese politische Kategorie nennen wollen, zu statuieren, wäre ein anachronistisches Unterfangen. Die Absicht, über das Emotionale metaphysische Bezüge in den Dienst der Nation zu stellen, erscheint in mehrfacher Hinsicht als fragwürdige Theologie.

Kehren wir aber zu den Modellen zurück. Ich zöge — vor die Alternative gestellt — unseren „Intellektuellen“ vor. Wenn er ein einigermaßen normaler Mitmensch ist — und ein solcher interessiert hier nur —, so kann es nicht unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten, ihn davon zu überzeugen, daß er sich jedenfalls in Augenblicken der Gefahr und der Entscheidung für sie engagieren muß. Und damit sind wir bei dem eigentlichen Streitobjekt, den Zielen und Methoden staatsbürgerlicher Bildung.

Ich bin der Überzeugung, daß die freiheitliche Demokratie auf mündige Staatsbürger angewiesen ist, die den Wert freiheitlicher Existenz, d. h. die Bedeutung der staatsbürgerlichen Rechte zu schätzen wissen, die aber auch erkannt haben, daß ihr persönliches staatsbürgerliches Verhalten und damit die Übernahme staatsbürgerlicher Pflichten über die Gestaltung dieser Rechte mitentscheiden. Haben wir uns auf dieses Ziel geeinigt, gibt es auch über den Weg in diese Verantwortung keinen Zweifel mehr: Die Erkenntnis von der existentiellen Bedeutung der Nation für das eigene Schicksal zwingt den einzelnen zum Engagement, zu seiner Identifizierung als Mensch mit dieser Nation, sobald und soweit dieses notwendig wird. Wird der Staatsbürger als Mündiger angesprochen, erhalten Verstand und Gefühl ganz von selber den ihnen gebührenden Platz, jedenfalls kann der Verstand nicht zur Rechtfertigung der Emotionen mißbraucht werden. Ein gefühlsbetontes Verhältnis zur Nation hingegen treibt zu ihrer Mystifizierung und verführt dazu, in Bezirken, die nicht kühl und kritisch genau betrachtet werden können, zu glauben bzw. an den Glauben anderer zu appellieren; es beschwört und verteuflert, wo freie Diskussion im Interesse aller vonnöten ist; es ist überdies häufig von Erlebnissen der Vergangenheit geprägt und verhindert daher ein rechtes Verhältnis zur Wirklichkeit von heute. Es führt schließlich zu dem von Gottfried Benn trefflich umschriebenen Schmollwinkel: „Wo gedacht wird, fühlt sich das Deutschtum bereits verraten.“

Doch hat mein Plädoyer für das Nationalbewußtsein und die rationale Betrachtung unseres Problems noch einen weiteren Grund. „Nation“, „Vaterland“ und „Volk“ sind unscharfe und damit der Diskussion entzogene — wenn Sie so wollen — „undemokratische“ Begriffe; ihre Bedeutung ist ambivalent; jedenfalls erwecken sie je nach Generation, Erfahrung und Standpunkt unterschiedliche, oft kontroverse Vorstellungen; sie trennen damit, statt zu verbinden. Jeder von uns erinnert sich wohl an fruchtlose Gespräche zwischen Menschen, die sich zwar in der Sache gar nicht so uneinig, aber durch Vokabeln getrennt waren. Das ist nicht verwunderlich, weil jeder dieser Begriffe eine Vielzahl von Definitionen erlaubt. Selbst ein politisch ganz unbelastetes Wort wie „Heimat“ entzieht sich in einer mobilen Gesellschaft allgemeingültiger Bestimmung. Jedenfalls wird ein Bauer auf dem Hof seiner Väter darunter etwas anderes verstehen als ein Industriearbeiter oder z. B. ich, der ich meine Geburtsstadt Trier bereits im Steckkissen verließ und seither — die Kriegsjahre nicht mitgerechnet — mehr als 20 Wohnungswechsel über verschiedene Grenzen hinweg vornehmen mußte.

Aber die Begriffe sind nicht erst durch Mißbrauch im Dritten Reich oder unter den Bedingungen der Industriegesellschaft fragwürdig geworden; die Gründe für ihre Unzulänglichkeit liegen in der deutschen Geschichte selbst. Zur Zeit, da sich in Europa die modernen Staaten formierten, fehlte in Deutschland die zentrale Gewalt; es bildeten sich daher nur Kleinstaaten dynastischer Prägung ohne oder gegen das ohnmächtig gewordene Reich. Je stärker die fremden Nachbarn werden und je mehr sie in innerdeutsche Fragen eingreifen, desto größer wird die Sehnsucht nach Behauptung und Geltung, das heißt nach etwas, das die innere Zerrissenheit, den Partikularismus und den Konfessionalismus überwinden könne. Diese Sehnsucht, oder man kann auch sagen: diese Diskrepanz zwischen idealistischen Zielen und konkreten Machtmitteln hat

die deutsche Geschichte seit den Staufern begleitet; sie fand ihren Ausdruck in der ersten Strophe des Deutschlandliedes, in der ein Vaterland mit utopischen Grenzen besungen wird.

Symbol dieser Sehnsucht wurde früh „das Volk“, dessen geographische Grenzen jeder Interpretation offen standen. Im Laufe der Geschichte erhält dieser Begriff eine zunehmend negative, ja aggressive Bedeutung. „Das Volk“ wird Gegenbild zu Aufklärung, rationaler Staatsauffassung, parlamentarischer Demokratie — ja, schließlich moderner Welt überhaupt. Die Erfahrungen der napoleonischen Kriege haben diese Entwicklung in hohem Maße unterstützt. Die Forderung nach dem starken Volk und dem starken Staat beginnt sich durchzusetzen. Bald hält man es für ganz normal, die innere Freiheit der äußeren zu opfern; bezeichnend hierfür ist die spätere Umbenennung der Freiheitskriege, als was die liberalen Zeitgenossen sie noch empfanden, in „Befreiungskriege“. Im Interesse der Schlagkraft nach außen wird Einheitlichkeit der Meinungen gefordert. Das Gefühl, als Volk zu spät und in seinen Lebensrechten zu kurz gekommen zu sein, erzeugt ein Klima, in dem der Ernstfall zum Regelfall wird und den Alltag bestimmt. Der Staat erhält sittlichen Charakter; eine pseudo-christliche Opferideologie idealisiert und verniedlicht damit den Krieg; der Verzicht auf unveräußerliche Rechte gilt als besonders patriotisch; Ordnung wird zum Selbstzweck; die Überbetonung der Pflichten reduziert allmählich das Verantwortungsbewußtsein und führt zu fraglosem, sittlich neutralem Gehorsam. Es ist nur folgerichtig, wenn sich in diesem Klima der Obrigkeitsstaat und — ihm entsprechend — die politische Abstinenz der Bürger verfestigen. Parlamentarische Demokratie und Opposition, öffentliche Kritik und Diskussion widersprechen einer solchen Volks- und Staatsideologie; sie gelten als Importe der westlichen Welt. Demgegenüber wird die Vergangenheit gegen alle hi-

storische Wahrheit vergoldet; die Folge ist ein gebrochenes Verhältnis zu Gesellschaft und zeitgenössischer Kultur, ein Unbehagen gegenüber der Zukunft, die unheimlich und drohend erscheint.

## Staatsbürgerliches Bewußtsein mündiger Menschen

Bei der Suche nach Definition habe ich nur eine gefunden, die mir für uns hilfreich erscheint; es ist die „Staatsnation“. Sie stammt von Friedrich Meinecke, der darunter die Bevölkerung eines Gebietes versteht, die ihren politischen Willensausdruck in einem bestimmten Staat findet. Es ist eine Nation, die ihre Existenz, um das bekannte Wort Renans zu gebrauchen, einem täglichen Plebiszit ihrer Staatsbürger verdankt, also einen stillschweigenden Konsensus für eine bestimmte, in der Verfassung niedergelegte Wertordnung und einem Machtapparat, der dieser Verfassung dient, sie verwirklicht und schützt.

In der pluralistischen Gesellschaft gibt es kein Diktat für den rechten Gebrauch der Begriffe; wir müssen mit der Vielfalt der Vorstellungen und Vokabeln leben. Wir sollten daher die Relativität und Fragwürdigkeit unserer eigenen Begriffswelt sowie die Legitimität der anderen anerkennen. Ich persönlich z. B. ziehe den unbelasteten Begriff der „staatsbürgerlichen Verantwortung“ oder des „staatsbürgerlichen Bewußtseins“, wenn Sie wollen: „staatsbürgerliches Engagement“ vor und meine, daß es im Prinzip einfacher ist, sich auf etwas Neues zu einigen, als einen der früher gebräuchlichen Kampfbegriffe allgemein verständlich und verbindlich zu machen.

Ich plädiere also für das „staatsbürgerliche Bewußtsein“. Es zeigt eindeutig die Rolle und auch die Weise, in der wir angesprochen werden; es zeigt die Grenzen, innerhalb derer wir ansprechbar sind, aber auch den Bereich — nämlich die Staatsnation —, für den wir primär und unmittelbar Verantwortung tragen; es zeigt ferner, mit wem, aber auch gegen wen wir aufgerufen sind, und erlaubt eine sach-

Dieser ganze Komplex mit seinem Chor der Gegenstimmen wird mit den alten Begriffen wieder heraufbeschworen, ob wir es wollen oder nicht. Das sollte jeder bedenken, der sie weiter benutzt.

liche Diskussion über Rechte und Pflichten im akuten Fall.

Ich plädiere für ein staatsbürgerliches Bewußtsein, das die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus erleichtert und fördert. Staaten europäischer Größenordnung sind nicht mehr in der Lage, die entscheidenden politischen, technologischen und gesellschaftlichen Probleme aus eigener Kraft zu meistern. Der Krieg hat sich spätestens 1918 als ungeeignetes Mittel zur Lösung politischer Fragen erwiesen; in Europa würde er sich, einmal ausgebrochen, aller Voraussicht nach bis zur physischen Vernichtung der Völker steigern. Wir sind also unausweichlich auf Miteinander und friedlichen Ausgleich angewiesen und sollten auch in den Nationen jenseits des Eisernen Vorhanges nicht nur potentielle Gegner, sondern vor allem auch die potentiellen Bundesgenossen sehen, ohne deren Zustimmung und Mitwirkung weder das deutsche, noch andere europäische Probleme gelöst werden können. Auch der Soldat dient unter den gegebenen Bedingungen der Erhaltung des Friedens. Das ist kein Wortspiel, sondern die entscheidende Frage an sein Selbstverständnis. Die Art, wie der Soldat Dienst und Aufgabe sieht, entscheidet über seine Eingliederung in Gesellschaft und Bündnis.

Der Gedanke der bloßen Kriegsverhinderung führt zwar in die rechte Richtung, bleibt aber auf halbem Wege stehen: er fixiert eine Freund/Feindhaltung und verleitet zu falschen Maßnahmen. Die Vorstellung, wiederum, lediglich für Kampf und Sieg da zu sein, gibt ein gespaltenes Verhältnis zu Frieden und Freiheit. Frieden ist dann nicht mehr das Normale; Freiheit und Recht bedeuten nicht mehr

Aufgabe und Inhalt, sondern Belastung und Gefahr. Nation und Demokratie sind wieder unvereinbare Gegensätze geworden.

Ich plädiere für ein nüchternes Verhältnis zur Geschichte, das nichts verschönt und nichts verdüstert. Wir gewinnen nichts, wenn wir uns nur an den Glanzzeiten sonnen und die dunklen Epochen unter Hinweis auf die Sünden anderer aufzuhellen suchen. Wir können nicht umhin, das unseren Vorfahren Geschehene als Teil unserer eigenen Wirklichkeit zu akzeptieren.

Die vielbeschworene „Bewältigung“ der jüngsten Vergangenheit bereitet keine Schwierigkeiten, sobald wir uns mit Stolz zum Widerstand, seinen Trägern und zu den hier gelebten, freiheitlichen Traditionen bekennen. Hier stellten Menschen in einem Augenblick höchster nationalistischer Hysterie und schwerster Bedrohung des Staates — nicht einmal für sich selbst, denn viele sahen das Scheitern des Aufstandes voraus, sondern für ihr Volk und Europa — die innere Freiheit über die äußere.

Ich plädiere für ein staatsbürgerliches Bewußtsein, das keinen Widerspruch zwischen Nation und Demokratie konstruiert, sondern die zentrale Aufgabe der Nation in der Entwicklung und Wahrung freiheitlicher Existenzmöglichkeiten im industriellen Zeitalter sieht. Legen wir den Schwerpunkt unserer gemeinsamen Anstrengungen auf Innenpolitik im weitesten Sinne und führen die Außenpolitik bereits im Sinne von Innenpolitik — wie z. B. die Saarlösung bereits Europa vorwegnahm —

dann gliedern wir uns fest in den freien Teil der Welt ein und entwickeln eine ernstzunehmende Alternative für den anderen Teil. Ob und wann dafür optiert wird, liegt nicht in unserer Hand.

Dieses alles ist freilich leichter gesagt als getan. Es verlangt nämlich den Abschied von manchem Restbestand feudaler und vortechnischer Gesellschaftsvorstellungen und die Überzeugung, daß gerade die Vielfalt unserer Standpunkte und Interessen Teil unserer Stärke ist; es verlangt ständiges Mühen um Information über das rein Berufliche hinaus; es verlangt schließlich unspektakuläres Eintreten gegen Unrecht im Alltag und selbständiges Da-Sein, wenn das öffentliche Interesse es fordert. Solche Bereitschaft gehört aber zur Mündigkeit. Ihr Kriterium ist eben die Fähigkeit, Verantwortungen zu erkennen und auch zu tragen. Verantwortung ist immer sachbezogen, verlangt also Sachkenntnis und Urteilsvermögen; hinter der Sache aber steht gewöhnlich menschliches Schicksal — ihm kann nur sittlich begründete Verantwortung gerecht werden. Übernahme von Verantwortung ist mit Risiko verbunden; ohne Staatsbürger, die im Interesse der Mitbürger Risiken auf sich nehmen, gibt es keine freiheitliche Gesellschaft. Deshalb gehört zum mündigen Staatsbürger die Entschlossenheit, notfalls — freilich nur dann — alles zu wagen in der Überzeugung, die Lebers letzte Worte an seine Freunde ausdrückten: „Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis.“